

## Der Preis soll es richten

Die UN wollen den Klimawandel mit Marktmechanismen bekämpfen

Simon Fellermeier | Es ist der 15. November 2017. Nach gewohnt zähen Vorverhandlungen tritt in Bonn die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 23) mit großer Prominenz zusammen. Gespannt schaue ich auf die Bühne. UN-Generalsekretär António Guterres, der französische Präsident Emmanuel Macron, Bundeskanzlerin Angela Merkel – sie alle beteuern, dass sie den Ernst der Lage wirklich erkannt hätten und dass es Zeit zu handeln sei. Sie setzen auch alle auf einen ähnlichen Lösungsansatz: ein Preis auf klimaschädliche Emissionen.

Temperaturanstieg, Luftverschmutzung, Wetterextreme, Naturkatastrophen: All diese Phänomene sind auf den Anstieg der Treibhausgase in unserer Erdatmosphäre zurückzuführen. Und alle verursachen beträchtliche Kosten. Einige dieser Kosten sind anschaulich und leicht zu begreifen: Wir sehen sie in bestürzenden Medienbildern nach Verwüstungen durch Flutkatastrophen oder Wirbelstürmen. Negative Gesundheitseffekte durch Luftverschmutzung sind uns hingegen weniger präsent. Ob sichtbar oder nicht, klimaschädliche Emissionen bringen Kosten für Privatpersonen, Unternehmen und den Staat mit sich. Schätzungen belaufen sich derzeit auf rund 40 Euro pro Tonne Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Der tatsächlich bezahlte Preis liegt in den allermeisten Ländern allerdings bei null. Staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe führen sogar zu einem negativen Preis, was Emissionen weiter antreibt.

---

*Der tatsächliche Preis für Emissionen liegt in den allermeisten Ländern bei null*

### Größtes Marktversagen der Geschichte

„Marktversagen“ nennt man dieses Phänomen in der Ökonomie. So bezeichnet der frühere Chefökonom der Weltbank und Klimaforscher Nicholas Stern den Klimawandel als „die Folge des größten Marktversagens, das die je in Kauf genommen hat“. Kann man den Markt mit seinen eigenen Mitteln schlagen? Können Länder durch die Erhebung eines CO<sub>2</sub>-Preises dem Klimawandel entgegenwirken?

Den Reden in Bonn nach zu urteilen: ja. Aus UN-Perspektive besteht auf Regierungsebene Konsens über die Notwendigkeit eines CO<sub>2</sub>-Preises. Stern und andere haben uns seit Jahren vorgerechnet, dass dies der kosteneffizienteste Ansatz im Kampf gegen den Klimawandel ist. Und es klingt ja auch einleuchtend. Wenn Konsum- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen oder Privatpersonen zu einem Anstieg der Emissionen führen, sollten diese dafür bezahlen. Doch warum hat sich bis heute nur eine überschaubare Anzahl von Ländern für dieses klimapolitische Instrument entschieden?

Wenige Monate nach der Konferenz in Bonn sitze ich im 19. Stock des mexikanischen Umweltministeriums. Auch hier beschäftigt man sich mit dem

Konzept des CO<sub>2</sub>-Preises auf dem Weg zu einer emissionsarmen Wirtschaft. Die Folgen des Klimawandels durch Hitzewellen und Rückgängen bei den landwirtschaftlichen Erträgen sind in Mexiko schon heute stark spürbar.

Die Regierung plant die Umsetzung eines nationalen Emissionshandelsystems. In der Besprechung im Ministerium geht es um mögliche Nebenwirkungen. Man fürchtet beispielsweise Wettbewerbsverluste der Industrie und damit um heimische Arbeitsplätze. Einige Unternehmen drohen mit der Verlagerung der Produktion in Nachbarländer. Auch aus sozialpolitischer Perspektive gibt es Bedenken: Steigende Stromkosten würden die Ärmsten der Armen am härtesten treffen – kein attraktives Szenario für den frisch gewählten, linksgerichteten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador. Armutsbekämpfung und Wirtschaftsentwicklung waren schließlich zentrale Versprechen seines Wahlkampfes.

Stehen Ökonomie und soziale Entwicklung im Zielkonflikt mit Ökologie und Klimaschutz? Aus dem scheinbar globalen Konsens der Notwendigkeit eines CO<sub>2</sub>-Preises machen sich in der Umsetzung Zweifel breit, nicht nur im Schwellenland Mexiko. Auch in Deutschland sind wir mit dieser Frage im Zusammenhang mit dem notwendigen und doch schleppenden Kohleausstieg konfrontiert. Trotz seiner internationalen Führungsrolle in der Klimafinanzierung tut sich Deutschland schwer, seine Hausaufgaben im eigenen Land zu erledigen. Dass ein Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie besteht, ist nicht immer zutreffend. Viele Länder haben verstanden, dass Untätigkeit nicht nur den Klimawandel weiter verschärft, sondern damit einhergehend immer größere soziale und wirtschaftliche Risiken schafft. Die Weltbank ist schon einen Schritt weiter. Bis 2020 werden bereits 28 Prozent aller vergebenen Kredite in klimaschutzrelevante Projekte investiert.

In dieser Argumentationskette liegt der Schlüssel für ambitionierteren Klimaschutz. Der Sinn von Kosteneffizienz für einen CO<sub>2</sub>-Preis liegt aus Sicht von Ökonomen klar auf der Hand. Doch das Instrument muss für Bürger wie Politiker greifbarer werden. Während meiner Tätigkeit bei der Weltbank arbeitete ich mit an einer Publikation zur Nutzung der Erträge aus CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Diese Erträge finanzieren Sozialprogramme, Steuererleichterungen, Bildungsprojekte oder weitere Investitionen in den Klimaschutz. Auch wirtschaftspolitisch kann ein CO<sub>2</sub>-Preis eine Volkswirtschaft langfristig wettbewerbsfähiger machen und aufstrebende Sektoren wie erneuerbare Energien weiter stärken. Dieses Argument hört man zeitweise selbst von großen Wirtschaftsvertretern, beispielsweise im Rahmen der „Carbon Pricing Leadership Coalition“.

---

*Viele Länder haben verstanden, dass Untätigkeit die Lage verschärft*

### Mehr Akzeptanz für einen CO<sub>2</sub>-Preis

Das Ziel muss es sein, die Akzeptanz für einen CO<sub>2</sub>-Preis zu steigern. Der Nutzen muss den Bürgern hier und heute erkennbar sein, da der Klimawandel als entfernte Bedrohung nicht genügend Handlungsbereitschaft hervorruft. Ein Stück des Weges ist bereits zurückgelegt: In 45 Ländern und 25 Bundesstaaten gibt es heute schon einen CO<sub>2</sub>-Preis; 20 Prozent der globa-

len Emissionen sind mittlerweile bepreist. Darüber hinaus unterstützt die Weltbank weitere 20 Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Umsetzung marktbasierter Klimapolitik.

Dennoch: Der Weg ist noch weit. Ohne radikales Überdenken unseres Konsums werden wir unseren Planeten nicht vor der Klimakatastrophe bewahren. Auch der CO<sub>2</sub>-Preis allein wird es wohl nicht richten. Er gehört aber zu den vielversprechendsten Lösungsansätzen im Kampf gegen den Klimawandel. ••

[Simon Fellermeier arbeitete u.a. für das UN-Klimasekretariat und die Weltbank.](#)

## Saatgut ist Gemeingut

Wie sich mit offenen Saatgutssystemen Biodiversität sichern lässt

Ida Westphal | „Als ich geheiratet habe, hat meine Familie mit der Familie meines Mannes, die aus einem anderen Dorf kommt, Saatgut getauscht“, erzählt meine Vorgesetzte Gloria Otieno. Auf einer Konferenz zum Thema Saatgut in Oldenburg präsentiert sie Ansätze für offene Saatgutssysteme, die niemanden ausschließen. Sie fügt hinzu: „Saatgut ist Gemeingut, und Gemeingut ist frei

---

### *Regeln zur Weitergabe von Saatgut werden immer stärker vereinheitlicht*

nutzbar. So sehen wir das.“ Der Brauch, den sie beschreibt, kann heute in vielen Gegenden gegen Saatgutgesetze verstoßen – und empfindliche Geldstrafen nach sich ziehen. Dabei ist er nicht nur Ausdruck einer lange praktizierten Kultur. Solche gesellschaftlichen Gepflogenheiten tragen auch dazu bei, Biodiversität zu erhalten und weiterzuentwickeln. Damit sind sie auch ein Stück Umweltschutz. Meine Vorgesetzte ist Kenianerin, aber weltweit gibt es ähnliche Bräuche, wenn es um Saatgut geht. Denn Saatgut ist ein wichtiger Rohstoff für die Landwirtschaft, die vielerorts auf der Welt die Lebensgrundlage bildet. Kulturelle Bräuche mit Saatgut existieren, um diese Lebensgrundlage zu erhalten.

nutzbar. So sehen wir das.“ Der Brauch, den sie beschreibt, kann heute in vielen Gegenden gegen Saatgutgesetze verstoßen – und empfindliche Geldstrafen nach sich ziehen. Dabei ist er nicht nur Ausdruck einer lange praktizierten Kultur. Solche gesellschaftlichen Gepflogenheiten tragen auch dazu bei, Biodiversität zu erhalten und weiterzuentwickeln. Damit sind sie auch ein Stück Umweltschutz. Meine Vorgesetzte ist Kenianerin, aber weltweit gibt es ähnliche Bräuche, wenn es um Saatgut geht. Denn Saatgut ist ein wichtiger Rohstoff für die Landwirtschaft, die vielerorts auf der Welt die Lebensgrundlage bildet. Kulturelle Bräuche mit Saatgut existieren, um diese Lebensgrundlage zu erhalten.

### **Internationale Regeln für Saatgut als Problem**

Doch der Umgang mit Saatgut wird heute stark reguliert. Zur Kolonialzeit wurden Pflanzen aus dem botanisch reichen globalen Süden noch unreguliert in den in dieser Hinsicht eher armen globalen Norden transportiert. Erst später entstanden Regulierungssysteme, die diesen Austausch aufrechterhalten. Mit dem Globalisierungsschub der vergangenen Jahrzehnte wurden dann – dem Interesse großer Konzerne folgend, die ihr Saatgut international vertreiben – Regelungen über die Weitergabe von Saatgut weltweit immer stärker vereinheitlicht. Auch die technologische Entwicklung mit einer immer kostenintensiveren Pflanzenzüchtung spielt eine Rolle. Sie hat die Einführung von gewerblichen Schutzrechten, von Sortenschutz und Patenten begünstigt.